

Weilburger Tageblatt.

(Anzeiger für Weilburg und Umgegend)

Landblatt der Stadt Weilburg • In sämtlichen Bürgermeistereien des Oberlahnkreises gehalten

Bezugspreis: Erscheint an jedem Werktag und kostet abgeholt monatlich 1,80 M., bei unfern Auszählern monatlich 2,00 M., vierteljährlich durch die Post ohne Bestellgeld 5,40 M.

Verantwortlicher Schriftleiter: Hugo Zipper, Weilburg.
Druck und Verlag: H. Zipper, Weilburg.
Telephon Nr. 24.

Inserate: die einpaltige Garmondzeile 50 Pfg., haben bei der großen Verbreitung des Blattes nachweislich den besten Erfolg. Inseraten-Ausschlag: Kleinere Anzeigen bis 8 Uhr morgens, größere tagdavor.

Nr. 94.

Donnerstag, den 22. April 1920.

59. Jahrgang.

Politische Nachrichten.

Deutschland.

— (Nationalversammlung, 20. April.) Zunächst kommen einige Anfragen zur Erledigung. Auf eine deutschnationale Anfrage erklärt der Reichskommissar Stüben: Die Reichsregierung ist unablässig bemüht, die Rückkehr der immer noch in Rußland und Sibirien verbliebenen deutschen Kriegsgefangenen zu beschleunigen. Die Regierung scheut keine Kosten, für den Abtransport, der nicht weniger als 150 Millionen Mark erfordert. Die Verhandlungen mit Sowjetrußland wegen des Austausches der Kriegsgefangenen haben gestern zur Unterzeichnung eines Abkommens geführt, das zur Ausführung gelangt, sobald es von der beiderseitigen Regierung ratifiziert ist. Die Regierung hofft, daß es gelingen wird, sämtliche in Rußland und Sibirien befindliche Gefangenen bis zum Herbst des laufenden Jahres heimzuschaffen. — Auf eine Anfrage des Abg. Gräfe (D.-Nat.) wegen der Erschießung des Leutnants Grafen Ralrein durch französische Soldaten erklärte ein Vertreter des Auswärtigen Amtes, daß der deutsche Geschäftsträger in Paris angewiesen sei, der Erwartung Ausdruck zu geben, daß die französische Regierung die Täter zu Verantwortung ziehe. Eine Note sei überreicht worden, durch die die französische Regierung für alle Folgen haftbar gemacht wird, die sich aus Ausschreitungen bei der Besetzung der deutschen Gebiete ergeben. Auch die Erschießung des Leutnants Grafen Ralrein gehört zu diesen Fällen. — Hierauf gelangt die Interpellation sämtlicher Parteien der Nationalversammlung mit Ausnahme der Unabhängigen wegen der Erschießung der Abstimmer in den Kreisen Eupen und Malmédy durch die belgischen Behörden zur Beratung. Die Interpellation wird begründet von Abg. Meersfeld (Soz.): Durch die Abstimmung in Eupen und Malmédy soll der wirkliche Wille der dortigen Bevölkerung zum Ausdruck kommen, damit der Völkerbund letzten Endes über das Schicksal des Landes bestimmt. Wir haben die Pflicht, an das Gewissen der Welt zu appellieren. Ein nationaler Volksteil im Westen wird vergewaltigt. Das Schlimmste ist, daß man Leute, die sich zum Deutschtum bekennen, einzusperren versucht. Diejenigen, die mit ihrem deutschen Empfinden nicht zurückhalten, werden aber auch wirtschaftlich drangsalirt, vor allem bei der Einwechslung der belgischen Franken. Das sind ganz brutale Mittel. Aus allem spricht die Verachtung des nationalen Empfindens und die skrupellose Anwendung der Macht. Gegen die Politik nachtestlicher Gewalt sehen wir uns zur Wehr und wir verlangen, daß die Regierung alles tut, um die Bevölkerung dieser Gebiete zu schützen. — Reichsminister des Äußern Dr. Röcher: Wenn es etwas gibt,

das imstande ist, das notwendige Zusammengehörigkeitsgefühl und den notwendigen Zusammenschluß aller Deutschen zu fördern, dann sind es die schweren Kämpfe gewesen, die unseren Brüdern an der Grenze durch den Friedensvertrag aufgezwungen worden sind. Wir können die Abstimmung nicht anerkennen, weil die einfache Frage des Herzens, ob deutsch oder belgisch oder polnisch, durch die Zeit der Abstimmung und durch die Bestimmungen des Friedensvertrages gefälscht und verfälscht wird. Von allen Abstimmungsgebieten liegen die Dinge am schlimmsten in Eupen und Malmédy. Die Proteste gegen die Vergewaltigung des nationalen Lebens hat die belgische Regierung mit Abperrungsmaßnahmen und Verhaftungen beantwortet. Die Belgier haben besondere Maschinengewehrabteilungen in den Kreis geworfen. In beiden Kreisen hat sich im wesentlichen nur eine Hand voll Großkapitalisten für die Annexion ausgesprochen. Die Stimmung der Bevölkerung zeigt auch der einstimmige Beschluß des Malmédyer Kreistages, die Lotzungsbestrebungen zu verurteilen. Wie kann man das Berücksichtigung des Volkswillens bezeichnen, wenn die Abstimmung nach vollzogener Annexion vorgenommen wird, gewissermaßen als Protest. Mit Recht ist eine solche Art von Abstimmung selbst in der sozialdemokratischen Presse Belgiens als Parodie und als größtmöglicher Rechtsbruch bezeichnet worden. Eine Garantie für eine unbeeinflusste Abstimmung kann nur durch geheime Stimmabgabe gegeben werden, die der Friedensvertrag zwar nicht fordert, aber auch nicht verbietet. Auch das wird in der sozialdemokratischen Presse Belgiens festgehalten, und wir können nur jedes Wort unterstützen. Die große Masse der Belgier aber ist anderer Meinung. Die belgische Fremdherrschaft lastet seit vielen Monaten sehr auf den Kreisen. Jede Zusammenkunft wird überwacht, freie Presseäußerungen sind unmöglich. Der Volksabstimmung gegenüber haben die belgischen Behörden von vornherein eine unzweifelhaft ablehnende Haltung eingenommen. Die belgischen Taten stehen in unüberbrückbarem Widerspruch zu Clemenceaus Worten, der uns im Namen unserer früheren Gegner die bestimmte Versicherung gegeben hat, daß die Abstimmung unter sorgfältigster Rücksichtnahme auf die Freiheit der Stimmenabgabe erfolgen werde. Die Deutsche Regierung hat schon am 3. Oktober 1919 in einer umfangreichen Note auf die Unklarheiten des Artikels hingewiesen und Ergänzungsanträge gemacht. Sie hat über das Verhalten der belgischen Behörden nachdrücklich Beschwerde erhoben und Vorbehalte für eine freie, unbeeinflusste Abstimmung verlangt. Die alliierten Mächte haben darauf ablehnend geantwortet und erklärt, es sei ihre Absicht gewesen, in Eupen und Malmédy eine andere Abstimmung stattfinden zu lassen als in Schleswig und Schlesien. Im übrigen wiederholen sie aber die Versicherung freier

und unbeeinflusster Abstimmung und fügen hinzu, daß die Abstimmung unter Aufsicht des Völkerbundes stattfinden werde. Die Reichsregierung kann sich damit nicht zufrieden geben. Am 27. Dezember 1919 hat sie in Paris eine neue Note überreichen lassen und alle Anklagen und Proteste aufrecht erhalten. Die Note ist überhaupt ohne Antwort geblieben. Auch von dieser Stelle aus lege ich im Namen der Reichsregierung nachdrücklich vor aller Welt Verwahrung ein gegen die Knebelung deutschen Volkswillens und zwar appelliere ich an das Gerechtigkeitsgefühl aller Nationen. Ich wende mich aber auch an das ganze deutsche Volk mit der dringenden Bitte, den Kampf seinerseits um ihre nationale Existenz ringenden Brüdern und Schwestern auf jede Weise zu unterstützen. Nun die Frage der Monshauer Bahn. Der Anspruch Belgiens gründet sich darauf, daß der Kreis Monchau angeblich wallonisches Gebiet sei. Tatsächlich lebt in dem ganzen Kreise nur eine einzige wallonische Familie. Über die Wünsche der Bevölkerung hat sich die Kommission mit staunenswerter Leichtigkeit hinweggesetzt. Sie hat die Abordnung überhaupt nicht empfangen. Wir werden diese Festsetzung niemals als zu Recht bestehend anerkennen. Ich schließe mit der Versicherung, daß die Reichsregierung alles getan hat und alles tun wird, um in den Kreisen Eupen und Malmédy eine gerechte und unbeeinflusste Abstimmung herbeizuführen. — Es folgt die erste Beratung des Gesetzes über die Befreiung der Kreise und Landtagsgebäude. Abg. Roenen (M.): Das Gesetz richtet sich als eine Beschränkung der Versammlungsfreiheit nur gegen die Arbeiter und ist geboren aus der Furcht vor ihren Rundungen. — Minister Bülow: Wenn der Vorkläger in der deutschen Geschichte wüßte, würde er wissen, daß es sich um ein altes deutsches Recht handelt, das in dem Gesetz zum Ausdruck kommt. Kein Volk hat die Volksversammlung so vor Friedensbrechern geschützt wie das deutsche. — Abg. Krüger (Soz.): Gerade wenn man den Willen des Volkes achtet, muß man in erster Linie anerkennen, daß seine Vertreter ungehindert arbeiten können. Nach weiteren Ausführungen des Abgeordneten Röden wird das Gesetz in zweiter Lesung unverändert gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes betreffend die Verlängerung von Patenten und Gebrauchsmustern. Das Gesetz wird ohne erhebliche Debatte in der Fassung des Ausschusses angenommen. Dann folgt die erste Beratung des Gesetzes betreffend Erhöhung der Telegramm- und Fernspreckgebühren in Verbindung mit dem Gesetz über die Erhöhung der Postgebühren und Aufhebung des bayerischen und württembergischen Postregals. — Reichsminister Siebertz: Wir haben uns die Frage, ob diese Vorlage umgangen

Im Dunkel.

Roman von Reinhold Ortmann.

(Nachdruck verboten.)

(6. Fortsetzung.)

„Über Sie haben daraus nicht den Schluß gezogen, daß die Freundschaft auf Seiten Ihres Bruders möglicherweise keine allzuüberflüssige war?“

„Nein. Darüber habe ich bis jetzt nicht nachgedacht.“

„Vielleicht deshalb nicht, weil Herr Dalbelli Ihnen einen überaus günstigen und vertrauenswürdigen Eindruck machte?“

„Kann eine Antwort auf diese Frage für Ihre Nachforschungen wirklich von Bedeutung sein, Herr von Legow?“

„Unter Umständen — ja. Aber Sie haben recht. Ich will nicht in diplomatischen Wendungen um die Sache herumgehen, sondern ganz offen gegen Sie sein. Auf jede Gefahr hin. Denn Sie brauchen nur Herrn Dalbelli von dem Inhalt unserer Unterredung Kenntnis zu geben, um meinen Plan vollständig zu zerstören.“

„Mein Gott, das klingt ja, als ob Sie Mißtrauen gegen ihn hätten?“

„Ich bin ein Detektiv, gnädiges Fräulein! Und als solcher hab' ich die Pflicht, niemandem zu trauen, über dessen Absichten ich nicht völlig im klaren bin. Es ist sehr wohl möglich, daß sich Herr Dalbelli in dieser Angelegenheit höchst ehrenwert benimmt und daß er den aufrichtigen Wunsch hat, Ihnen zu nützen. Aber es ist auch möglich, daß er andere Interessen verfolgt. Und ich habe bis jetzt keine Möglichkeit gehabt, mir nach der einen oder der anderen Richtung hin Gewißheit zu verschaffen.“

„Und scheint Ihnen die Person des Herrn Dalbelli bei der Erfüllung Ihrer Aufgabe von so großer Bedeutung?“

„Er ist mein Auftraggeber, Fräulein Brünig! Er hat mich mit den nötigen Geldmitteln versehen, und ich habe die Verpflichtung übernommen, ihm über jeden meiner Schritte Rechenschaft zu geben.“

„Wenn Sie eine solche Verpflichtung eingegangen sind, müssen Sie sie selbstverständlich auch erfüllen.“

„Auch dann, wenn der Herr die so erlangte Kenntnis dazu benutzen könnte, meine Absichten zu durchkreuzen?“

„Ah, welche Vermutung! Es ist Ihnen wohl kaum zum Bewußtsein gekommen, Herr von Legow, eine wie ungeheuerliche Verdrängung Sie damit gegen Herrn von Dalbelli aussprechen. Es wäre dann ja kein allzu großer Schritt mehr bis zu der Behauptung, daß er bei dem Verschwinden meines Bruders möglicherweise selbst seine Hand im Spiele gehabt habe.“

„Das behaupte ich nicht. Und es ist auch gar nicht meine Absicht, den Herrn einer strafbaren Handlung zu verdächtigen. Die Beweggründe, die ihn wünschen lassen, eine Aufklärung des geheimnisvollen Vorfalles tunlichst zu hintertreiben, müssen ja nicht notwendig von verwerflicher oder gar verbrecherischer Art sein. Nehmen wir zum Beispiel an, daß er eine heimliche Liebe zu Frau Ellen Brünig im Herzen trüge.“

„Hilbe kehrte sich ihm mit einer raschen Bewegung zu. Wie kommen Sie darauf? Wer hat Ihnen davon gesprochen?“

„Niemand — auf mein Wort: niemand. Es ist nichts als eine Vermutung.“

„Nun, und wenn es so wäre? Würde sein Benehmen dann nicht um so aufrichtiger Bewunderung und Hochachtung verdienen? Ich sollte vielleicht nicht wiederholen, was Ellens Mutter mir anvertraut hat, aber ich sehe nicht ein, wem daraus ein Nachteil erwachsen könnte. Sie erzählte mir, daß Herr Dalbelli sich vor Ellens Verlobung mit meinem Bruder in der Tat für das junge Mädchen interessiert habe. Zu den vielen Häusern, die er in Saint Louis besitze, gehöre auch die von Mrs. Longwood bewohnte Villa, und er ist als ihr Mietsherr mit den Damen bekannt geworden. Aus der oberflächlichen Bekanntschaft entwickelte sich bald ein angenehmer, freundschaftlicher Verkehr, und die Mutter meiner Schwägerin hat mir eingestanden, daß es monatelang ihre Lieblingshoffnung gewesen sei, aus Ellen und Herrn Dalbelli ein Paar werden zu sehen. Ob es bis zu einer richtigen

verlobung von jenen des Jüngers gekommen ist, weiß ich nicht. Jedenfalls aber, wenn er Ellen wirklich geliebt hat, spricht es für eine gewisse Größe des Charakters, daß er den beiden Frauen seine Freundschaft nicht entzog, als sich das Herz des Mädchens für einen anderen entschieden hatte.“

„In der Tat — es wäre ein seltener Fall höchster Selbstverleugnung, um so seltener, als der Herr diese Freundschaft obendrein auch noch auf den glücklichen Nebenbuhler übertrug. Finden Sie nicht, Fräulein Brünig, daß so viel Edelmut die Grenzen der Wahrscheinlichkeit fast schon überschreitet?“

„Hilbe wurde nachdenklich; dann sagte sie zögernd: „Ich weiß nicht, ob ich mir darüber ein Urteil erlauben darf.“

„Aber wenn ich ganz aufrichtig sein soll —“

„Sie würden mich — als Detektiv natürlich — zu tiefstem Dank verpflichten, wenn Sie es wären.“

„Nun — Sie werden es ja auch nicht mißbrauchen. — Ich hege nämlich, offen gestanden, einen kleinen Argwohn, daß bei Mrs. Longwoods Beurteilung der Sachlage der Wunsch ein wenig der Vater des Gedankens gewesen ist. Von irgendwelcher Verliebtheit des Herrn Dalbelli in meine Schwägerin habe ich nämlich bisher nicht das Geringste wahrnehmen können. Sie selbst hat, wenn sie von Fieberphantasien frei war, schon wiederholt den dringenden Wunsch geäußert, ihn zu sprechen, und ich bin bei jeder der beiden kurzen Unterredungen zugegen gewesen, die sie mit ihm hatte. Herr Dalbelli hat dabei wie ein warmherziger und zartfühlender Freund zu ihr gesprochen, nicht aber wie ein Verliebter. Und was er dabei zum Lobe und zu Ehren meines unglücklichen Bruders sagte, war so tief und echt empfunden, daß es nach meiner Überzeugung unmöglich aus dem Herzen eines unterlegenen Rivalen kommen konnte.“

„Sie folgern daraus, daß seine Liebe überhaupt nur in Mrs. Longwoods Einbildung bestanden hat?“

„Vielleicht hat er zu irgendeiner Zeit wärmere Zuneigung zu Ellen empfunden. Aber sie mag erkalte sein, als er die Gewißheit erlangte, daß er auf Erwidderung nicht rechnen dürfe. Und es ist dann nichts anderes als eine anelienähnliche heralche Freundschaft abgeblieben.“

werden Wante, auf das Gewissenhafteste vorgelegt, haben aber keinen anderen Weg gefunden. Die Erhöhung ist auf 745 Millionen berechnet. Im Verhältnis zu allen anderen Preisen noch erträglich. Das Defizit ist inzwischen auf 1344 Mark gestiegen. Der Etat für 1920 sieht einen Fehlbetrag von 380 Millionen Mark vor. Wir hoffen, in absehbarer Zeit schließlich zu solchen Überschüssen zu gelangen, daß wir das Defizit decken können. Die Erhöhung der Gebühren ist nicht der Postverwaltung als Schuld zuzuschreiben, sie ist eine zwangsläufige Notwendigkeit. Sparsamkeit und Sozialpolitik sind eben Dinge, die einander widersprechen. Sobald sich der Arbeitsmarkt besser gestaltet, muß mit den Gebühren wieder abgebaut werden, andererseits sehen wir uns nach neuen Einnahmen um. Die Vorlagen über die Übernahme der süddeutschen Postverwaltungen gehen an den Eisenbahnvertragsausschuß, die übrigen Vorlagen an den Haushaltsausschuß.

Der Gemeindevorstand der preussischen Landesversammlung beriet den Gesetzentwurf betreffend einstweilige Ermächtigung des Landesauschusses Wiesbaden. Für Wiesbaden kann ein Kommunalantrag nicht gewählt werden, weil die Entente die Wahlen nicht zuläßt. Das Gesetz soll daher dem hiesigen Landesauschuß ebenso wie dem Provinzialauschuß Düsseldorf, bei dem die Verhältnisse ähnlich liegen, die Ermächtigung geben, sich durch jezt von der Regierung zu ernennende Mitglieder zu ergänzen. Der Ausschuß der Landesversammlung erklärte sich hiermit einverstanden, verlangte aber noch sehr eingehender Aussprache mit Zustimmung der Regierung ausdrücklich, daß diesem ergänzten Provinzialauschuß weitgehende Vollmachten nicht zustehen sollten; so z. B. solle er die Wahl des Landeshauptmannes nicht vornehmen können. Dieses einmütige Verlangen soll bei der Berichterstattung im Plenum besonders betont werden. Die Regierung hätte einer Wahl, die entgegen diesem Wunsche vorgenommen werden sollte, ihre Befähigung zu verweigern.

Wie amtlich gemeldet wird, haben angesichts der neuen umlaufenden Gerüchte über die Möglichkeit neuer Umwälzungsversuche die Regierungen von Frankreich, Belgien, England und Italien ihre Geschäftsträger in Berlin ermächtigt, dem Minister des Auswärtigen zu erklären, daß sie eine deutsche Regierung, die nicht geneigt wäre, den Friedensvertrag loyal durchzuführen, in keiner Weise dulden können und daß jede Wiederkehr einer Revolutionbewegung und jeder erneute Anfang von Kämpfen nur das Ergebnis haben würde, ernsthafteste Bemühungen ihrer Regierungen, am Wiederaufbau des deutschen Reiches mitzuwirken, zu verzögern oder sogar unmöglich zu machen.

Zur Mitteilung der Reichsstelle für Kriegs- und Zivilgefangene, daß das Abkommen mit der russischen Sowjetregierung über den Gefangenenaustausch am 19. April unterzeichnet wurde, erfährt eine Korrespondenz: Es ist zu erwarten, daß bereits morgen die Antwort aus Moskau an die Vertreter Russlands eintrifft, die die Ratifizierung des Abkommens bei ihrer Regierung durch Funkspruch beantragt haben. Nur Kriegsgefangene, die die Rückkehr in die Heimat wünschen, werden aus Deutschland und Russland abtransportiert. Deutschland und Russland werden Fürsorgestellen in Moskau und Berlin errichten, die alle Vorbereitungen für die Rückkehr der Gefangenen treffen. Die Verhandlungen über die Reise durch die Randstaaten führt das Rote Kreuz in Genf. Die ersten Transporte aus Russland sind im Mai in Deutschland zu erwarten.

Der Verfassungsausschuß hat die Beratungen des Wahlgesetzes abgeschlossen und sich der Beratung des Gesetzes für die Wahl der Reichspräsidenten zugewendet. Beide Gesetze werden noch diese Woche erledigt werden, da die Beschlüsse fast einstimmig gefaßt worden sind.

Der im Reichsarbeitsministerium aufgearbeitete Entwurf einer Verordnung zur Abänderung des Gewerbe- und des Kaufmannsgerichtsgesetzes ist nunmehr

dem Reichsrat zugegangen. Nach dem Entwurf endet die während des Krieges verlängerte Amtsdauer für die Richter der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und der Janungsschiedsgerichte mit dem 10. Juli 1920. Gleichzeitig wird die Abänderung verschiedener Bestimmungen der genannten Gesetze vorgeschlagen, die den heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprechen. So soll die Höchstgrenze des Jahresarbeitsverdienstes der unter diese Gesetze fallenden Personen gleichmäßig auf 15000 Mark erhöht werden. (Bisher: im Gewerbegerichtsgesetz 2000, im Kaufmannsgerichtsgesetz 5000. Weiter ist für beide Gesetze in Aussicht genommen: Herabsetzung der Berufungssumme auf 1000 Mark (von 100 im Gewerbe- und 300 im Kaufmannsgerichtsgesetz); Herabsetzung des aktiven Wahlalters von 25 auf 20 und des passiven Wahlalters von 30 auf 25 Jahre; Zuerkennung des aktiven Wahlrechts für Frauen für die Beisitzerwahlen, für die im übrigen die Verhältniswahl auch beim Gewerbegericht zwingend vorgeschrieben wird. Der Entwurf hat sich darauf beschränkt, aus der großen Zahl von Abänderungsanträgen diejenigen zu berücksichtigen, die mit dem Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft im Zusammenhang stehen; alle weiter umstrittenen Fragen grundsätzlicher Art bleiben dem Arbeitsgerichtsgesetz vorbehalten, dessen Entwurf seiner Fertigstellung entgegengeht. Für die ersten Neuwahlen sind eine Reihe von Erleichterungen vorgesehen, u. a. soll von der Bedingung zweijähriger Ortsansässigkeit für die Wahlbarkeit abgesehen werden.

In der Sitzung des Hauptausschusses berichtete Reichsfinanzminister Wirth über die Gestaltung des Reichshaushaltes. Danach wird der ordentliche Etat mit 27 Milliarden Ausgaben und 25 Milliarden Einnahmen abgeschlossen. Wenn die Senkung der Lebensmittelpreise nicht mit Milliardenbeträgen durchzuführen sei, würde sich rechnungsmäßig ein Fehlbetrag ergeben. Aber das Finanzprogramm des Ministers verläutet, daß er eine Ausgestaltung des Staatssozialismus plane, in der Art einer Beteiligung des Reiches an einzelnen Verbänden zusammengeschlossener Industriekreise.

Der Nationalversammlungsausschuß für die Übernahme der Eisenbahnen auf das Reich stimmte dem Staatsvertrage zu. Vertreter aller Parteien erhoben scharfe Bedenken insbesondere gegen die Höhe der an die Einzelstaaten zu zahlenden Beiträge. Unter vielseitiger Zustimmung bezeichnete ein Redner das Ganze als einen Raubzug der Länder auf die Kasse des Reiches. Aus politischen Gründen wurden jedoch die Bedenken zurückgestellt und der Antrag angenommen, bei dem Einzeländerungen nicht zulässig waren. Die Schlussabstimmung wurde bis nach Beendigung der Finanzdebatte im Haushaltsausschuß zurückgestellt.

In der fünften Sitzung der General-synode stellte Probst D. Becker den Antrag, die Vorbereitungen zur Agenden-Revision einem neuen Ausschuß zur Bearbeitung zu übergeben. Synodale Wolff teilte mit, daß die rheinische Provinzial-Synode auf ihrer Tagung im Herbst einen neuen Agenden Entwurf beschließen werde. Bei der Behandlung der Steuerangelegenheiten brachte der Vorsitzende des Preussischen Pfarrervereins, D. Pasche, den lebhaftesten Wunsch des Pfarrerstandes auf Beseitigung der Steuerprivilegien der Pfarren zum Ausdruck. Ein Antrag der sächsischen Provinzialsynode, in Gemeinden, die vorübergehend oder dauernd ohne Pfarrer sind, männliche und weibliche Laien als Pfarrgehilfen anzustellen, wurde vom General-Superintendent Jacobi warm empfohlen. General-Superintendent Joellner wünschte solche Pfarrgehilfen auch für große Gemeinden, die nicht genug Pfarrer haben; er bezeichnete es als unrichtig, daß alle Arbeit in den Gemeinden den Pfarrern, als einzigen Berufsarbeitern überlassen werde, was sie ihren eigentlichen Aufgaben entziehe. Für diesen Antrag traten noch verschiedene Redner ein; sie forderten eine gründliche nicht kurzfristige Ausbildung der Laien-Pfarrgehilfen. Beschlossen wurde ferner, das Material zu Anträgen über den Termin der Wahlen zu den kirchlichen Körperschaften und über die Errichtung einer besonderen Pro-

vinzialsynode Berlin dem Obersten Kirchen Rat und dem Vorstand der General-Synode zu überweisen.

Ausland.

England.

Einem Telegramm aus Helsingfors zufolge erklärte Tschitscherin in seiner Antwort auf das englische Angebot, daß die Verpflichtung Englands gegenüber dem zaristischen Russland nach der Niederlage Denikins aufgehört hätte. Zwischen Russland und England müßten neue Beziehungen angeknüpft werden.

England.

Hollandsch Nieuws Bureau meldet: Die Proteste gegen die Verwendung farbiger Truppen im besetzten Deutschland halten weiter an. Am 27. April findet eine Massenversammlung in Westminster statt. Inzwischen ist eine Beschließung der Frauenkonföderation angenommen worden, in der die britische Regierung aufgefordert wird, ihren Einfluß auf Frankreich dahin zu verwenden, daß 1. die Regier sofort nach Afrika zurückgeschickt werden und 2. eine internationale Vereinigung vorzubereiten, daß farbige Afrikaner nie wieder in einem europäischen Krieg verwendet werden dürfen.

Nach dem „Matin“ berührt der Gedanken-austausch zwischen Alexander und Lloyd George etwa folgende Gesichtspunkte: Frankreich wünscht die genaue Ausführung des Friedensvertrages und eine gründliche Abrüstung Deutschlands. England gibt sich mit der Abrüstung Deutschlands zufrieden, will aber auf dem Kontinent Schiedsrichter zwischen den Mächten bleiben, damit keine Macht das Übergewicht erhält. Außerdem will England die Hegemonie im Osten. Die Gesühle des italienischen Staates sind im Augenblick gegen die Alliierten, vor allem gegen Frankreich gerichtet.

Polen.

Die Kreisbauernschaft Oberlahn, die als erste unter den Mitgliedern der Bezirks-Bauernschaft in die Erscheinung getreten ist, hat am 14. März dieses Jahres auf ihr einjähriges Bestehen zurückblicken können und aus den Reihen der Mitglieder wurde der Wunsch geäußert, die Gründung der Bauernschaften festlich zu begehen und demgemäß wurde beschlossen, am 27. Mai also Donnerstag nach Pfingsten, einen Kassauischen Bauerntag in Weilburg auszurichten. Dazu soll die ganze Bezirks-Bauernschaft für Kassau und den Kreis Wehlar eingeladen werden. Ein Festausschuß wurde gewählt und aus der Versammlung heraus wurde der Wunsch geäußert, daß besonders die landwirtschaftliche Jugend auf dem Bauerntag erscheinen möge. Man wolle zwar nicht Feste feiern, um sich zu belustigen, sondern auch um einerseits durch diese Tagung nach außen hin die Einmütigkeit des gesamten nassauischen Bauernstandes in die Erscheinung treten lassen und andererseits durch diese Zusammenkunft das Solidaritätsgefühl und somit den Bandenbündel zu stärken. Mit diesem Bauerntag ist natürlich auch eine Sitzung der Delegierten sämtlicher Kreisvereinigungen Pfaffen-Kassaus am 26. Mai verbunden. Es werden etwa 200 Delegierte in Weilburg erwartet, für die auch Nachtquartiere zu beschaffen sind. Weilburg hat stets bei derartigen Gelegenheiten gewußt, den Ruf einer gastfreien Stadt zu wahren. So wird wohl auch heute die Aufforderung im Inlandteil nicht ungehört verhallen und hoffentlich genügend Zimmer gegen entsprechende Bezahlung dem Festausschuß zur Verfügung gestellt.

Die 99. Frankfurter Pferde-Lotterie, deren Ziehung am 12. Mai stattfindet, ist mit einem neuen, äußerst günstigen Spielplan ausgestattet. Das Gewinnkapital ist von 64000 Mark auf 192000 Mark erhöht worden, und neben Pferden, Kuhvieh und landwirtschaftlichen Maschinen, sind diesmal auch komplette Zimmer- und Küchen-Einrichtungen, Schreibmaschinen, Fahrräder, ja selbst Kleiderstoffe und Wäsche-Ausstattungen als Gewinne in Aussicht genommen worden. Auch für den

vielleicht behufs Erpressung eines hohen Lösegeldes — gefangen gehalten zu werden.

Hilde schüttelte den Kopf.

„Ich wollte, daß ich das Bestere für möglich halten könnte — aber ich kann es nicht. Mein Bruder war gewiß nicht der Mann, der sich ohne energischen Widerstand hätte entführen und gefangen sehen lassen. Ellen hat mir gesagt, daß er stets einen geladenen Revolver bei sich trug, und er würde gewiß nicht gezögert haben, im Falle der Gefahr von seiner Waffe Gebrauch zu machen.“

An die Entführung bei hellem Tageslicht und in einer den Blicken aller Passanten zugänglichen Autodroste vermag auch ich, offen gestanden, nicht recht zu glauben. Auf die Fahrt nach einem weit entlegenen Ziel würde sich Ihr Bruder ja auch vermutlich von vornherein nicht eingelassen haben. Es bleibt also nur die Annahme übrig, daß er mit verbrecherischer Absicht in einen nahe gelegenen Hinterhalt gelockt worden sei.“

Er brach ab, denn er sah das Erschauern, das die Schultern des jungen Mädchens erbeben machte, und die verzweifelte Geste, mit der sie die Handflächen zusammenpreßte. Aber Hilde nahm alle Kraft des Willens zusammen, um sich von ihrer Bewegung nicht überwältigen zu lassen. „Sagen Sie mir alles, was Sie wissen und was Sie denken“, bat sie leise. „Ich werde stark genug sein, es zu tragen.“

Mein Bericht ist schon zu Ende. Der ganze Vorgang hat sich nach dem Bericht des einzigen Augenzeugen, den ich bis jetzt ermitteln konnte, innerhalb eines sehr kurzen Zeitraums abgespielt, und mein unglücklicherweise wenig intelligenter Gewährsmann hat weder gehört, was zwischen den drei Personen gesprochen worden ist, noch konnte er mir irgendwelche brauchbaren Angaben über die von dem Fahrzeug eingeschlagene Richtung machen.“

Wer aber ist dieser Gewährsmann gewesen? Und wie sind Sie zu ihm gekommen? — Hat Ihnen ein Zufall dazu verholfen, nachdem bis dahin trotz aller Zeitungsartikel und polizeilichen Nachforschungen keine einzige brauchbare Meldung eingegangen war?“

„Man kann es wohl nicht eigentlich bloßen Zufall.

„Man könnte ja auch annehmen, daß die alte Liebe durch eine neue verdrängt worden sei.“

Es mußte etwas im Ausdruck seiner Worte gewesen sein, das Hilde mißfiel oder sie geradezu verletzte. Denn in einem weniger freundlichen Ton, als sie ihn bisher angeklungen, sagte sie:

„Wir darüber den Kopf zu zerbrechen, habe ich keinen Grund. Viel dringender, Herr von Legow, verlangt es mich zu erfahren, weshalb Sie diese Unterredung mit mir gesucht haben. Sie haben ja gewiß nicht ohne triftige Ursache zwei Stunden Ihrer kostbaren Zeit geopfert, um mich zu erwarten.“

„Ich wollte Ihnen mitteilen, daß meine bisherigen Nachforschungen nicht ganz ohne Ergebnis geblieben sind — daß ich so etwas wie den Anfang einer Spur entdeckt zu haben glaube.“

Warten auf dem Bürgersteig der wenig belebten Straße, in die sie während ihres lebhaften Gesprächs eingebogen waren, blieb Hilde stehen.

„Und das sagen Sie mir erst jetzt?“

„Oh, es ist leider noch nicht so belangreich, daß man allzu hochfliegende Hoffnungen daran knüpfen dürfte. Alles, was ich ermittelt habe, ist die Kunde von einem kleinen alltäglichen Vorgang, an dem möglicherweise Ihr Bruder beteiligt gewesen ist.“

Aber so spannen Sie mich doch nicht auf die Folter. Was für ein Vorgang war das? Und wo hat er sich abgespielt?“

Auf dem Wege, den Dr. Brüning zurücklegen mußte, um von der Office der Rechtsanwältin nach Mrs. Bogsons Boardinghouse zurückzukehren.

„Run? — Und was ist auf diesem Wege geschehen?“ „Ehe ich es Ihnen erzähle, muß ich eine Frage an Sie richten, Fräulein Brüning! Wie auch immer Sie über Herrn Dalbelle und über meine Pflichten gegen ihn denken mögen, mir erscheint es jedenfalls zweckmäßig, daß er von dieser meiner Feststellung vorläufig nichts erfährt. Wird Ihr Gewissen Ihnen erlauben, mir Verschwiegenheit zuzugestehen?“

„Ich begreife Ihre Beweggründe nicht. Aber wenn

Sie nur um diesen Preis zu einer Mitteilung zu bewegen sind —“

„Das klingt, als ob Sie mein Verlangen wie eine Art von Nötigung ansehen. So aber ist es nicht gemeint. Meine Ermittlung ist in der Tat vorläufig noch ohne jeden praktischen Wert. Sie bedeutet für mich selber nichts als eine erste schwache Hoffnung, mich auf dem rechten Wege zu befinden. Sie sollen und dürfen sie also auch nicht mit einem Preise bezahlen, der Ihnen nachher als zu hoch erscheinen könnte. Wenn es Sie bedrückt, ein Geheimnis vor Herrn Dalbelle zu haben — wenn Sie mir die erbetene Zusage nicht machen können, weil Sie meiner Ehrenhaftigkeit vertrauen, sondern nur, weil —“

Bedacht, fast ungestüm fiel sie ihm in die Rede.

„Ja, ja, ich vertraue Ihnen. Und wenn ich auch Ihren Argwohn gegen Herrn Dalbelle nicht teilen kann, — ihm zuzuliebe werde ich doch niemals durchkreuzen, was Sie um meines Bruders willen für zweckmäßig und notwendig halten.“

„Ich danke Ihnen, und ich werde Sie zu gegebener Zeit an dies Wort erinnern, Fräulein Brüning! Lassen Sie mich also berichten.“ In der vierundsechzigsten Straße, kaum fünfhundert Schritte von Mrs. Bogsons Hause entfernt, hat sich um die Stunde, da Ihr Bruder auf dem Heimwege gewesen sein muß, folgendes zugetragen: Ein von einem jungen Mädchen begleitet, älterer Mann, seiner Kleidung nach ein Handwerker oder besserer Arbeiter, wurde plötzlich von einem anscheinend bedenklichen Unwohlsein befallen und erhielt in dieser hilflosen Verfassung den Beistand eines vorübergehenden Herrn, der nach meiner Ueberzeugung kein anderer als Ihr Bruder war. In seiner Menschenfreundlichkeit ging der Helfer schließlich sogar so weit, mit den beiden Personen eine Autodroste zu bestiegen, offenbar in der Absicht, den Leidenden sicher in seine Wohnung zu bringen. Auf dieser allzu vertrauensselig unternommenen Fahrt nun muß Ihrem Bruder entweder ein Ungemach geschehen sein, oder man muß sich zu der allerdings etwas romantischen Annahme verstehen, daß er entführt worden ist, um irgendwo —

Fall, daß einzelne Gewinner ihren zugesprochenen Gegenstand veräußern wollen, ist entsprechend Vorsorge getroffen. Die Lose können, falls am Platze nicht erhältlich, direkt vom Landwirtschaftlichen Verein in Frankfurt bezogen werden.

Der „Musikverein“ beschloß, am Samstag, den 8. Mai, sein erstes Konzert mit anschließendem Tanz zu veranstalten. Anmeldungen als Mitglieder werden bis zum 2. Mai noch entgegengenommen. (Näheres im Inseratenteil.)

Das große Streich-Konzert von der Sicherheitspolizei Nassau, Abteilung von Buch, war gut besucht. Die Kapelle hat sich auf 20 Mann verstärkt und auch unter Leitung des Herrn Musikdirektors Kneifel an Zusammenspiel und seiner Naancierung bedeutend gewonnen. Die Wiedergabe der Fantasia aus den Opern Gounods und Flotows waren entzückende Meisterstücke des Konzerts. Ein starker Applaus bewies am besten, in welcher Höhe die Kapelle infolge ihrer guten Leistung bereits bei den Clamwörtern Wilburgs steht. Der Wunsch wurde laut, daß diese Konzerte regelmäßig stattfinden möchten und dann noch von den Damen, daß die Herren das Rauchen während des Konzertes unterlassen möchten oder für bessere Ventilation gesorgt würde.

Auf Einladung der „Wirtschaftlichen Vereinigung kaufm. und technischer Privatangestellter und Beamten für Stadt und Kreis Wehlar“ fand am Samstag, den 17. April nachmittags 3 Uhr im Hotel „Raitwasser“ zu Wehlar eine Zusammenkunft der Vorstände der Angestelltenvereinigungen aus dem Industriegebiet des Bahn- und Villenbezirks sowie Oberhessens statt. Vertreten waren die Angestelltenvereinigungen des Unterlahnkreises, der Kreise Limburg, Oberlahn, Dillenburg, Oberhessen und Wehlar mit zunächst etwa 5000 Mitgliedern. Der Vorsitzende Herr Stadtverordneter A. Leonhard, Wehlar, eröffnete die Versammlung und führte nach Begrüßung der aus allen größeren Orten zahlreich erschienenen aus, daß die bei den Tarifverhandlungen sich immer stärker fühlbar machende starke Organisation der Arbeitgeber einen Zusammenschluß der Angestellten im ganzen Industriegebiet notwendig mache. Die anwesenden Vertreter der auswärtigen Vereinigungen schilderten die Verhältnisse in ihren Gebieten und betonten, daß dem Widerstand der Arbeitgeber beim Abschluß von Tarifverträgen nur durch eine Einheitsfront der gesamten Angestelltenchaft des erwähnten Wirtschaftsgebietes erfolgreich entgegengetreten werden könne. An verschiedenen Plätzen hätten die Arbeitgeber eine geradezu unglaubliche Verschärfung der Lage für die überaus trostlose wirtschaftliche Lage der Angestellten gezeigt, obwohl sie durch rigorose Ausnutzung der Konjunktur zu ihren Gunsten — ohne Rücksicht auf das Allgemeininteresse — zweifellos in der Lage seien, ihren Angestellten die Existenzmöglichkeit zu gewährleisten. Bei dieser Gelegenheit wurde darauf hingewiesen, daß auch die „Frankfurter Zeitung“ diese Auffassung teilt, indem sie in ihrer Ausgabe vom 18. April unter der Überschrift: „Einkaufsmittel! Zu den Preisgebern der Industrie“ u. a. schreibt: „Der Mittelstand wird zur Verzweiflung gebracht, wenn das so weiter geht. Preisgewinne der Erzeuger, kurzfristige Partizipation der Belegschaften an der Vermehrung der Produktion, Verzicht auf technische Rationalisierung und auf Preisreduktion und statt dessen fortgesetztes Heraufschrauben der Preise und Auswuchern des Publikums. Wenn das genannte Blatt am Schlusse jenes Artikels sagt: „Der Ruf nach Sozialisierungen wird immer begreiflicher“, so ist dem nur zuzustimmen. Nach einer eingehenden Aussprache wurde das Kartell der Arbeitsgemeinschaften für Angestellte im Bahn-Villengebiet und Oberhessen (N. d. A.) gegründet und zum geschäftsführenden Vorstand die Herren Stadtverordneter A. Leonhard (Wehlar) als Vorsitzender, Kaufmann Albert Schmidt als Schriftführer, Kaufmann Otto Ebel als Kassierer gewählt. Als Sitz des Kartells wurde Wehlar bestimmt. Mit dem Hinweis darauf, daß dieser Zusammenschluß für die ge-

samte Angestelltenchaft des Kartellbezirks von weittragender Bedeutung sei, schloß der Vorsitzende nach 6 Uhr die Versammlung.

Auch der Kunsthonig und der Zucker wollen hinter der Margarine und Marmelade nicht zurückstehen. Der Höchstpreis für Zucker und Kunsthonig hat wieder einmal einen kräftigen Sprung nach oben gemacht. Das Pfund Kunsthonig soll bei Lieferung in Paketen und Dosen 7,50 Mk., bei Lieferung ohne Verpackung 7,20 (!) kosten. Zucker kostet jetzt pro Zentner 135 Mk., wozu noch der Handelszuschlag von 10,50 Mk. kommt. Dieser Preis für Kunsthonig bewegt sich auf derselben Höhe, wie die Festsetzung des neuen Marmeladepreises. Beide sind nur noch erschwänglich für Kriegsgewinnler und die essen Besseren. Da die guten Abnehmer der Fabriken nicht mehr als Begründung dienen können, muß jetzt der Auslandszucker herhalten, als der vielfach die Inlandsware verdrängt wird.

Briefmarken zu 10 und 20 Mk. Deutsche Briefmarken zu 10 und 20 Mark gelangen demnächst zur Ausgabe. Bisher lautete die höchstwertigste Briefmarke auf 5 Mark, die neuen hohen Portogebühren, namentlich für Pakete zwingen aber zur Ausgabe hochpreisiger Briefmarken.

Nach einer Berliner Meldung hat das Wirtschaftsministerium den Brauereien eine bedeutende Bierpreis-erhöhung, die reichlich eine Verdoppelung darstellt, bewilligt und hat den Höchstpreis ab 15. April 1920 auf 130 Mk. (bisher 61 Mk.) festgesetzt. Freilich wird zum Trost auch verheißt, daß das Bier wieder stärker eingebracht werden soll.

Verurteiltes.

(-) Möttau, 22. April. Der 14-jährige Pfingstsohn der Familie Röhlert sollte am Samstag abend in der Scheune Gemüse für das Vieh auspacken. Bei dieser Gelegenheit wollte er ein Bündchen von 100 Gramm Pulver antesten. Als das Bündchen nicht gleich explodierte, wollte er die Sache gründlicher machen und in denselben Augenblick erfolgte die Explosion. Die Flamme schlug ihm ins Gesicht. Arg verbrannt wurde er nach Gießen verbracht und kann noch von Glück sagen, daß sein Augenlicht ihm erhalten blieb. Ein Wunder ist es auch, daß bei der Gelegenheit kein Brand entstand.

Diez, 18. April. Unsere Polizei ist 3. St. wieder mit der Aufklärung eines umfangreichen Lebensmittel-diebstahls beschäftigt. Aus einem Keller des Kreises in der Kanalstraße wurden bei einem heißen Tage 2 Fäß Schmalz gestohlen und in einem anderen Keller untergebracht, um von dort jedenfalls weiterverköpft zu werden. Die ganze Sache scheint noch weitere Kreise zu ziehen. Im Keller wurde ein schon geleertes Faß angetroffen.

Altendiez, 18. April. Bahninnige Preise ergab eine hier abgehaltene Alexander-Versteigerung. Man gelangte bis zu 24 Mark die Rute Rie, was ein sehr teures Futter ergibt. In Friedenszeiten erzielte man höchstens 1,20 Mark bis 1,50 Mark die Rute und jetzt 24 Mark.

Hochheim, 19. April. „Haltet den Dieb“, so scholl es durch unseren Ort und ein Landwirt aus Dellenheim, hoch zu Ross, sprengte durch die Straßen hinter dem Diebe her. Am Ausgang des Ortes nach dem Bahnhof schloß sich ihm die ganze Klasse der Gewerkschule an und Schüler und Reitermann jagten querselb- und querweibergein, um den Räuber dingfest zu machen. Und es dauerte denn auch nicht lange, als man den jungen Sünder einbringen und in sicheren Gewahrsam abliefern konnte. Er hatte dem ihn verfolgenden Dellenheimer Landwirt Eaten und Gänse gestohlen, diesen die Hälse abgehakt, sie in einen Sack gesteckt und mit seiner Beute das Weite gesucht.

Höchst, 19. April. Billiges Schmalz ist nun auch in Höchst zu haben. Unsere Metzgermeister bieten es jetzt zu 20 Mk. (seit 25 Mk.) an, und zwar in bester Qualität. Daß die Schmalzpreise gegenwärtig auch

drehens mit Hilfe von so und so viel tatbereiten und verschwiegenen Bundesgenossen bis zur Unkenntlichkeit zu vermindern.

„Es sind fürchterliche Dinge, die Sie mir da sagen. Und doch sträubt sich alles in mir gegen die Vorstellung, daß gerade mein edler Bruder zum Opfer eines solchen Anschlages ausersehen worden sein könnte. Ja, wenn er noch ein reicher Mann gewesen wäre, dessen Verabreichung sich lohnte hätte. Aber die Leute, die ein Attentat gegen ihn von langer Hand vorbereiteten, würden sich doch sicherlich auch genau über seine Vermögensverhältnisse unterrichtet haben.“

„Das ist allerdings anzunehmen. Aber Sie können hundert andere Beweggründe gehabt haben, ihn aus dem Wege zu räumen, und ich meine mich durch ein vergebliches Kopferbrechen über die Natur dieser Gründe nicht in meinem Vorhaben betören lassen zu dürfen. Was auch immer geschehen war, um den Doktor an der Heimkehr zu seiner Frau zu hindern, es konnte sich nur auf dem Wege von der Advokaten-Office bis zu Mrs. Boglons Boardinghouse zugetragen haben. Und dieser Weg war glücklicherweise kurz genug, um meine Nachforschungen nicht über die Mägen schwierig zu gestalten. Ich suchte mir für meine Erkundigungen natürlich nur solche Personen aus, denen ihre Berufstätigkeit eine aufmerksame Beobachtung des Straßenlebens gestattet, und ich richtete an alle diese Leute nur eine einzige Frage. Einen halben Tag lang kam ich damit zu keinem Ergebnis. Dann aber ließ mich der Zufall — Sie sehen, daß man seiner nicht ganz entraten kann — auf den Hausnachst eines kleinen Logierhauses stoßen, der den größten Teil des Tages damit zubringt, müßig im Hauseingang herumzulungern. Und ihm verdanke ich meine Kenntnis.“

„Woher aber wissen Sie, daß der Herr, der dem Kranken beistand, gerade mein Bruder gewesen ist? Sie haben Arnold doch nie gesehen. Und Sie haben sich von uns nicht ein mal sein Bild zeigen lassen.“

„Es bedurfte dessen vorläufig nicht, da ja eine der großen Tageszeitungen ein Porträt des Verschwindenden gebracht hatte. Dies Bild habe ich dem Hausdiener anver-

andertwo eine rückläufige Tendenz zeigen, liegt aus einer Geschäftsanzeige in Wiesbaden hervor, wo die dortige Firma Strauß, Oranienstraße 21, das Pfund prima Schweineschmalz zu 17 Mark anbietet.

Höchst, 19. April. Eine tapfere Tat vollbrachte gestern der 15-jährige Sohn Peter des Bärsternmachers Herrn Klein, indem er einem bei der Fähr in den Main gefallenen Bischen nachsprang und dieses glücklich herausholte. Ohne das mutige, entschlossene Zugreifen wäre das Kind wohl ertrunken.

Frankfurt, 18. April. Der Verein „Frankfurter Presse“ hat wegen der Bestrafung zweier Mitglieder wegen Verbreitung angeblich falscher Nachrichten beim kommandierenden französischen General schriftlichen Protest eingelegt. Beide Unterzeichner des Protestes sind nunmehr vom General mit je 100 Mk. Buße belegt worden, weil sie in ihrem Schreiben es an der nötigen Ehrerbietung hätten fehlen lassen.

München, 20. Mai. Wie die München-Augsburger Abendzeitung erzählt, hatten die Festungsgefangenen von Nibershönenfeld bereits die Auffstellung einer Ministerliste vorgelesen, auch eine Militärtribunal sollte ernannt werden. Für denselben war der ehemalige Vorsitzende des Bundesoldatenrates, Sauber, in Aussicht genommen. Der Bayerische Kaiser ersah, daß die Münchener Einwohnerwehren aufgelöst werden sollten und zwar einzeln in den Wohnungen der Wehrlente.

München, 19. April. In München ist es heute zu einem neuen Zwischenfall mit einem Ententeoldaten gekommen. Ein Kraftwagenführer der Ententeinführung mit seinem Wagen tauchte auf die Straßenbahn wartende Menge, wobei er einem Oberwachmeister das linke Bein abfuhr. Hierauf zog er einen Revolver, der ihn aber erwischt wurde. Die Menge ging darauf tätlich gegen ihn vor.

Haag, 20. April. Der Bundesverband der belgischen Staatsbeamten hat grundsätzlich beschlossen, am 1. Mai einen 24stündigen Streik einzutreten. „Peuple“ zufolge hat der Eisenbahnminister den 1. Mai als Feiertag bestimmt.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 22. April, 7.40 B. Die Wahlen zum 1. Reichstag der Republik werden nunmehr bestimmt am Sonntag, den 16. Juni 1920, stattfinden.

Dresden, 22. April, 7.30 B. Wie von unterrichteter Stelle verlautet, wird der sächsische Ministerpräsident Hr. Gradnauer der sächsischen Volkskammer sein Rücktrittsgesuch unterbreiten.

Rom, 22. April, 7.50 B. Die Arbeiten in San Remo langsam fort und endigen voraussichtlich am Samstag, so daß die deutsche Frage erst auf der neuen Pariser Konferenz behandelt wird.

Genf, 22. April, 7.55 B. Die französische Presse gibt offen und einmütig zu, daß die von Millerand gegenüber Deutschland bevorstehende Gewaltpolitik in San Remo sowohl bei dem englischen wie bei dem italienischen Ministerpräsidenten auf einen bisher unerschütterlich erscheinenden Widerspruch stoßen. Man braucht jedoch an dem Zustandekommen eines Einvernehmens nicht zu zweifeln.

Berlin, 22. April, 7.20 B. Nach dem Korrespondenten des „Pariser Journal“ hatte sich Lloyd George mit Ritti vor der Konferenz auf folgendes Programm geeinigt: Die Entwaffnung Deutschlands wird gefordert unter Androhung der Wirtschaftskollate. Sogleich wird eine Politik der Annäherung eingeleitet, wenn nötig, vermittelt einer neuen Konferenz mit Deutschland. Die Frage der Wiedergutmachung würde bei dieser Gelegenheit, oder aber auch später behandelt werden. Der Korrespondent stellt die Übereinstimmung der Minister in der Frage der Entwaffnung Deutschlands fest, aber Frankreich sei mit den vorgeschlagenen Mitteln und Wegen nicht einverstanden.

Zürich, 22. April, 7.30 B. Pariser Meldungen aus San Remo sagen, daß die Konferenz beschlossen

und er glaubte in ihm den Herrn wiederzuerkennen, der sich des kranken Mannes so hilfreich angenommen hatte.“ Eine plötzliche Eingebung schien Hilfe mit neuem Hoffen zu erfüllen.

„Aber dann kann es doch nicht mehr schwer sein, zu ermitteln, wohin mein Bruder gefahren ist. Man wird durch die Polizei den Droßkutschauffeur feststellen lassen, oder man wird ihn durch Ausschreiben einer Belohnung veranlassen, sich freiwillig zu melden. Und er muß sich doch erinnern können, wohin er seine Fahrgäste gebracht hat.“ „Sie verzeihen, wenn ich diese Zuversicht nicht teilen kann, und wenn ich sowohl die Anzeige an die Polizei wie den öffentlichen Aufruf für eine ganz verkehrte Taktik halten muß. Gerade weil ich das verhindern will, möchte ich nicht, daß vorläufig irgend jemand etwas von meiner Entdeckung erfährt.“

„Ich begreife nicht, weshalb —“

„Lassen Sie mich versuchen, es Ihnen klarzumachen, Fräulein Brünig! Wenn der von dem Hausdiener beobachtete Herr wirklich Dr. Brünig gewesen ist, so bedarf es für mich gar keiner weiteren Bestätigung dafür, daß es sich um die Ausführung eines sorgfältig und planmäßig vorbereiteten Anschlages gehandelt hat. In diesem Fall aber ist tausend gegen eins zu wetten, daß auch der Chauffeur mit im Komplott gewesen ist, oder daß geeignete Vorkehrungen getroffen waren, die Möglichkeit einer durch ihn herbeigeführten Entdeckung zu verhindern. Die Polizei würde also entweder vergeblich nach ihm suchen, oder er würde durch falsche, irreführende Angaben die Sache noch mehr verdunkeln. Sowohl die behördlichen Recherchen und eine etwaige Aufforderung in den Tagesblättern würde unfehlbar zur Kenntnis der Schuldigen gelangen und ihnen offenbaren, daß der Anfang der richtigen Fährte gefunden ist. Sie würden dann selbstverständlich sofort geeignete Gegenmaßnahmen treffen und ihre Vorkehrungen doppelten. Nur so lange aber, als Sie sich vor jeder Entdeckung sicher glauben, ist auf ihre Ueberlistung zu rechnen. Denn ich habe triftigen Grund zu der Annahme, daß wir es mit besonders schlauen und verschlagenen Burken zu tun haben.“

(Fortsetzung folgt.)

habe, die Zahl der Entente-Kommissionen in Deutschland weiter zu erhöhen, um die Entlohnung besser über- wachen zu können. Marschall Foch begründete eingehend seine Stellung, die ihn zur Besetzung der deutschen Städte bestimmte. Die Konferenz erhebt gegen das Vorhaben keinen Einwand.

Leipzig, 22. April, 8.00 M. Die die „Leipziger Neueste Nachrichten“ erfahren, ist beim Reichsgericht in Leipzig die Untersuchung gegen Kapp und Wittich und Genossen wegen Hochverrats im vollen Gange. Die Bekanntgabe der Mitbeschuldigten kann erst dann erfolgen, wenn die Untersuchungen abgeschlossen sein werden.

Berlin, 22. April, 8.00 M. Über das Ergebnis der Untersuchung wegen der Steuerdeklaration Erzberger wurde gestern im Haushaltsausschuss der National- versammlung Mitteilung gemacht, wo nach dem vorlie- genden Bericht des Finanzkomitees Charlottenburg das Ergebnis dahin zusammen zu fassen ist, daß der Vor- wurf wissentlich falscher Steuerangaben sich nicht be- stätigt hat.

Vorausichtliche Witterung für Freitag, den 23. April.

Stellenweise neblig, sonst vielfach aufhellend und meist trocken, Tageswärme steigend, nachts sehr kühl.

Hausliche Bekanntmachungen der Stadt Weilburg.

Auf Grund des § 34 des Grunderwerbsteuergesetzes vom 12. September 1919, hat die Stadtverordneten- versammlung unterm 5. Februar 1920 beschlossen, im Bezirk der Stadt Weilburg zu der nach dem Grund- erwerbsteuergesetz zu entrichtenden Grunderwerbsteuer einen Zuschlag von 1 vom Hundert des Betrages zu erheben, welcher der Berechnung der Reichsteuer zugrunde gelegt wird. Der Gemeindezuschlag ermäßigt sich auf $\frac{1}{2}$ vom Hundert, wenn der Kreis von seinem Recht, einen Zuschlag zu erheben, Gebrauch macht.

Dieser Beschluß tritt rückwirkend bis 1. Oktober 1919 in Kraft.

Weilburg, den 24. März 1920.

Der Magistrat. Rathaus.

Genehmigt auf Grund des Erlasses des Ministeriums des Innern vom 20. Oktober 1919 I. e. 1771, Fin. Min. II 25922 auf die Dauer eines Jahres.

Rassel, den 9. April 1920.

Der beauftragte Regierungspräsident.
i. A.: Unterschrift.

A. IV. N. Nr. 759/20 N.

Wird veröffentlicht.

Weilburg, den 21. April 1920.

Der Magistrat.

Durch die neue Fußbarkelsteuer-Ordnung vom 8. Februar 1920 ist bei Vorstellungen usw. zu deren Besuch Eintrittskarten ausgegeben werden, die Karten- steuer eingeführt.

Das besuchende Publikum wird darauf hingewiesen, daß jede Eintrittskarte mit einem roten Stempel „Karten- steuer der Stadt Weilburg“ versehen sein muß. Wir ersuchen, jede Eintrittskarte, die ohne diesen Stempel aus- gegeben wird, zurückbehalten und uns vorzulegen.

Ferner weisen wir darauf hin, daß alle Musik- automaten mit Einwurf plombiert sein müssen. Jede Benutzung eines solchen Apparats ohne Einwurf ist verboten und uns anzuzeigen.

Der Magistrat.

Kartoffel-Ausgabe.

Morgen vormittag von 8—12 Uhr, geben wir am Bahnhof Kartoffeln aus, die größtenteils als Futterkartoffeln zu verwenden sind.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Bei der am 14. d. Mts im hiesigen Gemeindevaub abgehaltenen Holzversteigerung hat das Kastenholz die Genehmigung erhalten, während das Buchen- und Eichenstammholz nicht genehmigt ist.

Bermbach, den 19. April 1920.

Gardt, Bürgermeister.

Weilburger Gasbeluchtungs-Gesellschaft

Die mehrmalige weitere Erhöhung der Kohlenpreise nötigt uns, den Preis für Gas aller Verwendungszwecke ab 1. Mai auf

1.20 Mk. für den Kubikmeter

festzusetzen.

Der Vorstand

Gebrauchte, in bestem Zustande befindliche

Lanz-Lokomobile

(Exp. Hochdruck 7 Hkm.) besonders für

Dreschmaschinen-Antrieb

geeignet, sofort zu verkaufen.

Betonbaugesellschaft, Gießen, Liebigstraße 15.

An die verehrliche Einwohnerschaft von Weilburg!

Am 26. und 27. Mai findet in Weilburg der

Rassauische Bauerntag

statt. Hierzu werden etwa 200 Delegierte eintreffen, für die Nachtquartier besorgt werden muß. Wir rechnen damit, daß die Bürgerschaft Weilburgs in ihrer oliebewährten Gastfreundschaft Betten gegen Vergütung zur Verfügung stellt und bitten Anmeldungen bis zum 24. Mai an die Geschäftsstelle des „Weilburger Tageblattes“ schriftlich einzureichen.

Kreisbauernschaft „Oberlahn“.

Sicherheitspolizei Nassau

(Sicherheitspolizei Südwestdeutschland)

Abteilung v. Buch für die neutrale Zone.

Die Abteilung v. Buch der Sicherheitspolizei Nassau in Weilburg stellt nach Beamtenein und zwar ehem. Angehörige sämtlicher Waffen, hauptsächlich:

Kraftfahrer, Schlosser u. Pferdepfleger.

Bedingungen: 21—30 Jahre alt, volle Selbstver- ständlichkeit, Frontdienstleistung während des Krieges, mindestens 170 cm groß, unverheiratet.

Dienstgrade: 1. Hauptwachmeister, 2. Zugwach- meister, 3. Oberwachmeister, 4. Wachmeister, 5. Unter- wachmeister, 6. Hilfswachmeister.

Die Beamten erhalten:

1. Tagelohn täglich von 14.62 Mk. bis 20.12 Mk. je nach dem Dienstgrade für ledige, 15.59 Mk. bis 21.09 Mk. je nach dem Dienstgrade für Verheiratete.
2. Verheiratenzulage täglich 2.— Mk.
3. Zulage für jedes Kind täglich 1.65 Mk.
4. Freie Unterkunft.
5. Freie Verpflegung.
6. Freie Bekleidung.
7. Versorgung nach zwölfjähriger Gesamtdienstzeit im Staats- und Kommunaldienst.
8. Bei besonderen Kampfhandlungen wird eine Kampf- zulage bis in Höhe von 7 Mk. täglich gewährt.

Meldung: schriftlich oder mündlich in Weilburg, Kaserne ehem. Unteroffizier-Vorschule, Stabsgebäude (9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags).

Militär- und sonstige Papiere und Zeugnisse sind mitzubringen.

Musikverein.

Der Verein veranstaltet am Samstag, den 3. Mai, sein erstes

Konzert mit anschließendem Tanz.

Anmeldungen als Mitglieder werden bis zum 2. Mai von den Herren H. Bausch, S. Arnsfeldt, H. Bruch- meier und H. Meyer noch entgegen genommen.

Es haben zum Konzert nur Mitglieder Zutritt, welche im Besitze einer Mitgliedskarte sind.

Der Vorstand.

Brennholz

jede Art und jedes Quantum kauft

Holzhandlung Wächtershäuser, Bad Homburg.

Wer wagt — gewinnt!

192000 Mk. G. W.

Frankf. Pferde-Lotterie

Los 3 Mk. — Ziehung bereits 12. Mai.

In allen Lotterie- und Zigarrengeschäften oder vom Landwirtschaftlichen Verein in Frank- furt a. M., Ostendstraße 20, zu haben.

(A. 1448)

Tüchtiges Mädchen
gegen hohen Lohn gesucht.
Frau Ed. Reeb.

Fleißiges, jüngeres
Mädchen
für Anfangs Mai gesucht.
Franz Beckmannsradt Alame,
Bimburgerstraße 25.

Lehrmädchen
sucht
H. Strickhäuser Nachf.,
Weilburg.

Gut möbl. Zimmer
m. Morgenkaffee, 50—60 Mk.,
für jungen Herrn gesucht.
Offert. u. 3884 a. d. Geschäfts-
stelle.

Randkandidat sucht
möbliertes Zimmer
am liebsten mit voller
Pension. Angeb. unter
S. J. 3828 a. d. Geschäfts-
stelle.

Möbliertes Zimmer
für jungen Herrn gesucht.
Off. u. F. W. 100 a. d. Geschäfts-
stelle.

Junger, solider Mann
sucht für sofort möbliertes
Zimmer
Offerten unter H. 3832
an die Geschäftsstelle d. Bl.

Gut erhaltenes
Herrenfahrrad
zu kaufen gesucht.
Offerten mit Preis unter
3829 an die Geschäftsstelle.

Kopfsalat
u. Nuppsalat
empfehlen billigt
die Gärtnerei Sattler.

Frühkartoffeln
(Thieses weiße Riesen) gibt ab
soj Untergraben bei Kamenau.

6 Pfund fast neue
Bettfedern
preiswert zu verkaufen.
S. erst. in d. Geschäfts- u. 3827.

Hausmädchen gesucht.
H. Strickhäuser Nachf., Weilburg.

Suche zum sofortigen Eintritt ein sauberes, tüchtiges
Dienstmädchen.
Rehger Ebel, Eubach.

Fr. starke Salat- u. Gemüse-Pflanzen
zu haben in der
Gärtnerei Jacobs.

Dr. Franke's Heilmittel für
BEINKRANKE
Krampfadern, offene Beine, Gelenkerkrankungen, Plattfüße.
Sprechstunden:
Limburg: Gasthof „Deutsches Haus“, gegenüber dem Bahnhof,
Montag von 2—6 Uhr.
Gießen: Hotel „Victoria“, am Bahnhof, Dienstag 8—12 Uhr.

Kriegsgefangenen-Heimkehr

Kreis Oberlahn.

Laut Bestimmung des Reichs Ernährungsministers vom 19. 7. 1919 A II 8081 stehen allen heimkehrenden Kriegsgefangenen wöchentlich für die ersten 6 Wochen zu:

- je 1 Pfund Brot,
- 60 Gramm Fett,
- 125 Gramm Auslandspeck od. Konservenfleisch,
- 250 Gramm Hülsenfrüchte.

Sämtliche Bürgermeister des Oberlahnkreises sind darüber verständigt. Wo die Abgabe der Lebensmittel unterbleiben oder nicht vollständig verabreicht werden, bitten wir um sofortige Mitteilung.

Kreiswohlfahrtsamt, Wilhelmstraße 6